

Schweden

Markus Johansson / Daniel Naurin¹

Selbst wenn Schweden nicht in demselben Maße wie viele andere EU-Staaten von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen war, so bestimmte diese auch in Schweden die politische Agenda. Die mediale Berichterstattung über „Europa“ konzentrierte sich vor allem auf die Wirtschaftsentwicklung, wobei insbesondere die Hilfspakete für Griechenland und Spanien – und ihre Folgen für die Zukunft der EU – besonders aufmerksam verfolgt wurden.

Die schwedische Wirtschaft ist stark und kann stabile Wachstumsraten vorweisen.² Trotz der guten Wirtschaftslage bleibt die Arbeitslosigkeit weiterhin hoch. Insbesondere die Arbeitslosenzahlen junger Menschen und von Menschen ausländischer Abstammung liegen deutlich über den Durchschnittswerten. Die durchschnittliche Arbeitslosenrate entspricht mit rund 8 Prozent in der ersten Hälfte des Jahres 2012 etwa derjenigen des Vorjahres. In Anbetracht der guten Wirtschaftszahlen ist die verhältnismäßig hohe Arbeitslosenquote ein schwieriges Thema für die aktuelle Mitte-Rechts-Regierung und wird dies aller Wahrscheinlichkeit auch für die nächsten Jahre bleiben. Ein weiteres potenzielles Problem stellt die hohe Verschuldung der schwedischen Haushalte dar, insbesondere beim Wohnungsbau – diese zählt zu den höchsten in Europa und wurde entsprechend von der EU-Kommission kritisiert, die Warnzeichen einer Immobilienblase erkennt.³ Die Immobilienpreise steigen in einem riskanten Tempo weiter an, ein Grund dafür sind recht großzügige Kreditkonditionen. Als Reaktion auf die erhöhte Aufmerksamkeit, die der Schulden-situation der schwedischen Haushalte entgegengebracht wird, ändert sich seit kurzem diese Situation, da die Kreditkonditionen etwas enger gefasst werden. Unbeschadet davon bleibt die schwedische Wirtschaft auch in der europäischen Krise wettbewerbsfähig und dies wird Prognosen zufolge auch weiterhin der Fall sein.

Die schwedische Parteienlandschaft nach den Wahlen

Die schwedische Innenpolitik war nach den Wahlen 2010 in erster Linie mit Fragen der Parteiführung und der Besetzung von Kabinettsposten beschäftigt. Aus den Wahlen war eine Mitte-Rechts-Minderheitsregierung hervorgegangen, die im Laufe des vergangenen Jahres zunehmend durch die parlamentarische Situation unter Druck geriet. Weder die Regierung noch die links-grüne Opposition waren bereit, mit den nationalistischen Schwedendemokraten eine organisierte Zusammenarbeit einzugehen. Und dies, obwohl die Schwedendemokraten, die zwischen den politischen Blöcken stehen, inzwischen das „Zünglein an der Waage“ im schwedischen Parlament sind. Dies hat dazu geführt, dass die Schwedendemokraten die Regierung in vielen Fragen stillschweigend gefördert haben, gleichzeitig jedoch bei anderen Themen die Oppositionsparteien gegen die Regierung

1 Übersetzt aus dem Englischen.

2 Statistiska centralbyrån (SCB): BNP ökade 1,5 procent, Pressmeddelande, 30.05.2012.

3 Brors, Henrik: Sverige får EU-kritik för hushållens stora lån – EU-kommissionen varnar för bubbla, Dagens Nyheter, 15.02.2012.

unterstützt haben. Dabei hat das Thema Europa nicht immer eine Rolle gespielt.⁴ Das schwedische Parlament hat im Vergleich zu anderen nationalen Parlamenten in der EU eine starke institutionelle Stellung vis-à-vis der Regierung. Das schwedische Parlament, insbesondere der Europa-Ausschuss, wird nicht nur direkt von der Kommission über Legislativvorschläge informiert, es wird auch im Vorfeld der Tagungen des Rats und des Europäischen Rats über die Verhandlungsposition der Regierung informiert und kann auf diese Einfluss nehmen. Obwohl das der Regierung vom Parlament zugeteilte Mandat als verbindlich angesehen wird, gibt es einen gewissen Spielraum für die Regierung, von diesem abzuweichen, sofern es dafür triftige Gründe gibt. Entsprechend hat die Regierung das letzte Wort, sollte sie jedoch von dem mit parlamentarischer Mehrheit erteilten Mandat abweichen, muss sie dem Parlament im Nachhinein Rede und Antwort stehen.⁵

Solange die Regierung im Parlament über eine ausreichende Mehrheit verfügt, wie dies in den Jahren 2006 bis 2010 der Fall gewesen ist, ist ihr die Unterstützung des Parlaments sicher. Im Falle einer Minderheitenregierung ist die Regierung allerdings auf die Unterstützung der Oppositionsparteien angewiesen, um ein Verhandlungsmandat zu erzielen. Angesichts einer Opposition, der drei der vier im Parlament vertretenen europaskeptischen Parteien angehören, ist die Regierung bei der Mandatierung ihrer Politik in erster Linie auf die Sozialdemokraten angewiesen. Diese Situation hat dazu geführt, dass es nun mehr Möglichkeiten gibt, die Verhandlungsposition der Regierung zu beeinflussen. Dies war beispielsweise der Fall beim Verhandlungsmandat für die Kommission für den Abschluss eines neuen Fischereiabkommens mit Marokko sowie bei der Ergänzung des Schlussfolgerungen des Rates über den gemeinsamen Beschäftigungsbericht. Bei letzterem zwangen die Oppositionsparteien die Regierung, sich unter anderem stärker gegen Sozialdumping einzusetzen.⁶ Nach der Tagung des Rates gab es dennoch Kritik, der parlamentarische Verfassungsausschuss sprach von einer Irreführung des parlamentarischen Europa-Ausschusses über die Verhandlungsoptionen.⁷ Dem Parlament ist es so gelungen, Druck auf die Regierung oder einzelne Minister auszuüben, obgleich dies ohne greifbare Konsequenzen bleibt.

Die Führungsspitze von mehreren der im Parlament vertretenen Parteien wurde nach den Wahlen 2010 infrage gestellt und bei einer der Regierungsparteien, der Zentrumspartei, wurde eine der bisherigen Führungspersonlichkeiten ausgetauscht. Auf Maud Olofsson, die im Juni 2011 ihren Rücktritt ankündigte, folgte im September 2011 Annie Lööf. Mit diesem Führungswechsel festigt die Zentrumspartei ihren Kurs weg von einer Partei in der Mitte des politischen Spektrums hin zu einer stärker rechtsgerichteten und marktliberalen Partei. Die Zentrumspartei löste sich im vergangenen Jahrzehnt von ihren Wurzeln als Bauernpartei und wendet sich zunehmend den jüngeren Wählern und den Menschen in den größeren Städten zu – wofür auch die Ernennung der 28-jährigen Lööf spricht. Lööf löst als neue Parteivorsitzende der Zentrumspartei Maud Olofsson auch als Ministerin für Unternehmen und regionale Angelegenheiten ab. Ein weiterer Wechsel im Kabinett ist die Ernennung von Lena Ek zur Umweltministerin, die bis dahin für die Zentrumspartei im Europäischen Parlament war. Insgesamt hat die Zentrumspartei also ihren liberalen Kurs beibehalten zu werden, mit dem eine europafreundlichere Haltung einhergeht.⁸

4 Nilsson, Owe/Larsson, Lars: Nya bakslag för regeringen, Dagens Nyheter (TT), 24.01.2012.

5 Hegeland, Hans: Nationell EU-parlamentarism – Riksdagens arbete med EU-frågorna, Stockholm 2006.

6 Alskog, Johanna: Strid om fiskeavtal, Riksdag & Departement, 20.10.2012 [online edition]; Selnes, Anders: Regeringen förlorade i EU-nämnden, Europaportalen.se, 03.04.2011.

7 Selnes, Anders: EU-nämnden slagträ i politisk maktkamp, Europaportalen.se, 31.05.2012.

Auch bei zwei der Oppositionsparteien, bei der Linkspartei und der Sozialdemokratischen Partei, gab es Wechsel in der Führungsspitze. Der bisherige Vorsitzende der Linkspartei, Lars Ohly, verkündete im August 2011 seinen Rücktritt. Er gab damit dem Druck aus der eigenen Partei nach, nachdem er von einigen Parteimitgliedern offen herausgefordert worden war. Neuer Parteichef wurde Jonas Sjöstedt, der ebenfalls Mitglied des Europäischen Parlaments (1995 bis 2006) war. Die Linkspartei steht der schwedischen EU-Mitgliedschaft seit jeher sehr kritisch gegenüber und setzt sich seit langem für einen Austritt aus der EU ein. Dies änderte sich im Vorfeld der Wahlen 2010, da die Sozialdemokratische Partei dies zur Voraussetzung einer möglichen Koalitionsregierung machte. Auch nach den Wahlen hat sich die Haltung der Linkspartei etwas gemildert, insofern sie nun stärker einen Wandel der EU fordert und die Austrittsabsichten zunächst einmal zurückstellt.⁹

Bei den Sozialdemokraten kam es ebenfalls zu einem Führungswechsel. Der Rücktritt von Håkan Juholt im Januar 2012 nach gerade einmal 10 Monaten ist ein Zeichen für die schwere Krise der Sozialdemokratischen Partei, der weiterhin größten Partei im Parlament. Meinungsumfragen zeigten im Herbst und Winter 2011 einen steten Rückgang der Unterstützung der Wähler für die Sozialdemokraten. Gegen Ende der Amtszeit von Juholt lag diese bei rund 25 Prozent, und damit noch unter der bereits niedrigen Wählergunst von knapp über 30 Prozent bei den Wahlen 2010 und 35 Prozent bei den Wahlen 2006.¹⁰ Nach Vorwürfe gegen Juholt, unter anderem wegen mutmaßlicher Unstimmigkeiten bei Rechnungen während seiner Zeit im Europäischen Parlament, wurde Stefan Löfven zum Nachfolger von Juholt. Dieser hatte zuvor eine Führungsposition bei der Gewerkschaft der Industriearbeiter inne. Im Frühjahr ist es den Sozialdemokraten gelungen einige der Probleme hinter sich zu lassen, die mit der Causa Juholt in Verbindung gebracht wurden. Dies spiegelt sich auch in Meinungsumfragen wider, in denen diese sogar in mehreren Umfragen wieder über 35 Prozent erzielten.¹¹ Noch lässt sich nicht allzu viel über den künftigen Kurs der neuen Parteiführung sagen, es kann allerdings davon ausgegangen werden, dass sich der mit Juholt eher linksgerichtete Ansatz wieder hin zu einem pragmatischen Kurs der Mitte bewegen wird – die Europapolitik dürfte damit weniger kritisch ausfallen.

Schweden debattiert über den Fiskalpakt

Die Mitte-Rechts-Minderheitsregierung vertritt eine vergleichsweise positive Haltung in der Europapolitik und betont ihre Verpflichtung gegenüber dem europäischen Projekt stärker als es bei den bisherigen sozialdemokratischen Regierungen der Fall gewesen ist. Dies wird auch in den jährlichen außenpolitischen Regierungserklärungen deutlich.¹² Im letzten Jahr wurde jedoch ein kritischerer Ton angeschlagen, nicht zuletzt auch aufgrund der unterschiedlichen Schritte, die zur Lösung der Eurokrise ergriffen werden sollten. Der schwedische Ministerpräsident, Fredrik Reinfeldt, stand beispielsweise den im Vorfeld des Juni-Gipfels 2012 gemeinsam von Van Rompuy, Barroso, Draghi und Juncker vorgebrachten Vorschlägen für eine Bankenunion und Eurobonds sehr kritisch gegenüber. Vielmehr

8 Vgl. Rosén Sundström, Malena/Sundström, Mikael: Ett smalare men vassare centerparti?, S. 189-202, in: *Statsvetenskaplig tidskrift*, 112:2.

9 Idling, Lillemor: V lägger EU-uttrådet i malpåse, *Dagens Nyheter* (TT), 03.09.2011.

10 Valmyndigheten (<http://www.val.se>)

11 Statistiska centralbyrån (SCB): Partisynpatiuundersökningen (PSU), Mai 2012; SIFO: Väljarbarometern, Juni 2012.

12 Utrikesdepartementet: Utrikesdeklarationen 2012.

forderte die Regierung weiterhin Reformen in den Krisenländern und eine strenge Haushaltsdisziplin – eine Position, die zunehmend herausgefordert wird.¹³ Obwohl Schweden 2003 gegen einen Beitritt zur Eurozone gestimmt hatte, wurde auch in Schweden intensiv über den im Dezember 2011 beschlossenen Fiskalpakt debattiert. Es blieb lange unklar, ob Schweden sich beteiligen würde, insbesondere da eine Beteiligung als Schritt hin zu einem WWU-Beitritt gesehen wurde. Die schwedische Haltung, und zwar sowohl der integrationsfreundlichen Regierung als auch der Opposition, lässt sich unmittelbar nach dem Gipfel des Europäischen Rats bestenfalls als zögerlich beschreiben. Håkan Juholt, der zum damaligen Zeitpunkt die Sozialdemokraten führte, sah keinen Spielraum für einen Beitritt. Ohne die Unterstützung der Sozialdemokraten bestand für die Minderheitenregierung zunächst entsprechend keine Möglichkeit im Parlament für das Ansinnen zu werben, zumal die anderen Oppositionsparteien weiteren Integrationsschritten sogar noch skeptischer gegenüber stehen.¹⁴ Erst Anfang März 2012 änderte sich der Ton der Debatte und es ist der Regierung schließlich gelungen, die Sozialdemokraten mit an Bord zu holen und gemeinsam mit 24 anderen Mitgliedstaaten den Fiskalpakt zu unterzeichnen. Vorausgegangen waren nicht nur mit Stefan Löfven der Führungswechsel an der Parteispitze, sondern auch die Zusicherung der Regierung, dass die Rahmenbedingungen des Fiskalpakts auf nationaler Ebene entschieden werden, der Zugang zu den Gipfeltreffen der Eurozone sichergestellt sein wird und der Arbeitsmarkt in Schweden davon nicht tangiert werden würde. Und sicher haben auch die Befürchtungen, in einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten marginalisiert zu werden, eine Rolle gespielt, selbst wenn es hierfür bisher keine stichhaltigen Beispiele gibt.¹⁵

Trends in der öffentlichen Meinung

2012 hat die Unterstützung für die schwedische EU-Mitgliedschaft weiterhin abgenommen, ein Trend, der sich – nach Jahren einer wachsenden EU-Befürwortung – seit dem Frühjahr 2011 abzeichnet. Während 2010 die öffentliche Unterstützung für die EU mit 55 Prozent ihren Höhepunkt erreicht hatte, zeigen die Umfragewerte mit 46 Prozent im Herbst 2011 und Frühjahr 2012 einen rückläufigen Trend. Obwohl dieser durchaus deutlich ist, sollte er nicht überdramatisiert werden und – mit Blick auf die Werte seit Beginn der 1990er Jahre – vielmehr als ein Einpendeln der öffentlichen Unterstützung auf ein Normalmaß interpretiert werden. Dazu beigetragen hat sicher, dass zunehmend mehr Schweden davon ausgehen, dass sich die schwedische Wirtschaft seit dem EU-Beitritt verschlechtert hat, während sich in den Jahren zuvor in den Umfragen die Vor- und Nachteile des Beitritts für die Wirtschaft des Landes noch die Waage gehalten hatten. Es kann also davon ausgegangen werden, dass die allgemeine Haltung gegenüber der EU in einem unmittelbaren Verhältnis zu dieser wirtschaftspolitischen Einschätzung steht.¹⁶

Weiterführende Literatur

Siehe die Veröffentlichungen des Schwedischen Instituts for European Policy Studies, www.sieps.se.

13 Sundberg, Marie: Reinfeldt säger nej till ökad EU-makt, *Dagens Industri*, 28.06.2012.

14 Kärman, Jens: Juholt: Håll Sverige utanför – EU-toppmötet, *Dagens Nyheter*, 10.12.2011.

15 Naurin, Daniel: Därför klarar Sverige att stå utanför den nya europakten, *Dagens Nyheter*, 18.12.2011.

16 Vgl. ausführlich Holmberg, Sören: Försvagat opinionsstöd för EU, *SIEPS 2012:5epa*; Swedish Opinion on the Swedish Membership in the European Union 2012, SOM Institute 2012, <http://www.sieps.se/sites/default/files/SOM-fil.pdf>.